

Auszug Protokoll Haushaltsberatungen 07./08.12.2021

Teilhaushalt Gesamt (Anträge Nrn. 3 – 9)

Antrag 3 (Seite 10): Flexibler Einsatz der neu eingeplanten Personalstellen (CDU) Wir sind jetzt immer noch auf der Seite 10. Da war unsere Empfehlung, das in den Personalausschuss zu verweisen, ist das okay? - Okay, dann hätten wir den Antrag damit **erledigt**.

Antrag 4 (Seite 10): Personalaufbau stoppen (AfD)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir waren die Einzigen, die dagegen gestimmt haben, als wir vor über einem Jahr in der Krise noch mal für 9 Millionen Euro Stellen geschaffen haben. Wir sind der Meinung, dass mit den ganzen neuen Methoden und Werkzeugen, E-Akte und so weiter, es möglich sein muss, die Kosten für das Personal konstant zu halten, indem man innerhalb der Ämter mit der Aufgabenkritik, die erforderlich ist, Umbesetzungen vornimmt. Die Leute aus den Bereichen, die wegfallen, in die Bereiche nehmen, wo weitere Tätigkeiten gefordert sind, sodass wir es dann langfristig schaffen, den Personalaufbau zu stoppen. Und damit können wir einen großen Teil der Kosten, die bei der Stadt auflaufen, reduzieren. Es ist kein Problem, die Dienststellen haben sowieso Schwierigkeiten, passendes Personal zu finden, sodass es nicht bedeutet, dass Leute tatsächlich gehen müssen, sondern die Leute, die wir haben, werden einfach effizient eingesetzt. Für diesen Antrag bitten um Ihre Unterstützung. Danke.

Der Vorsitzende: Damit stelle ich den Antrag zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 5 (Seite 10): Identifikation und Akquise von Fördermitteln verbessern (CDU)

Da sagen wir Ihnen zu, dass wir das gerne aufgreifen und hier auch in ein Stufenkonzept einsteigen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Auch wir verstehen die Antwort der Verwaltung, sage ich mal, in der Grundstimmung positiv. Ich will es vielleicht noch mal verstärken, dass wir in diesen Zeiten, ich glaube, da hat uns auch das Regierungspräsidium dazu angehalten, aufgefordert sind, all die Maßnahmen zu machen, die in irgendeiner Weise auch von dritter Stelle unterstützt werden. Das ist auch konsequent und ich hoffe, dass das von keiner Seite links oder rechts kritisiert wird, dass wir so vorgehen. Das gilt übrigens auch für Mitgliedschaften der Stadt, wo sie Mittel akquirieren kann, dann muss sie das tun. Ich komme da morgen vielleicht noch mal auf das Thema. Und ich glaube, wir sollten einen Überblick haben über die Dinge, die bezuschusst oder unterstützungsfähig sind von dritter Seite. Und ein Letztes, wir sollten auch eine Negativliste haben, das bitte ich zu betonen, ich möchte mal eine Liste der Zuschussmöglichkeiten haben, die diese Stadt Karlsruhe ausschlägt, damit wir darüber mal befinden können.

Der Vorsitzende: Wir würden das so aufnehmen. Eine Liste möglicherweise nicht angefragter Zuschüsse zu erstellen, ist, glaube ich, ein tagesfüllendes Programm, und zwar nicht nur

ein Tag, sondern das ist ein wochen- und dauerfüllendes Programm, weil auch insbesondere die anderen politischen Ebenen permanent mit neuen Geschichten um die Ecke kommen. Da müssen wir uns noch darauf einigen, in welchem Umfang wir das erstellen können. Das sehen Sie auch so. Dann können wir das heute als erledigt betrachten.

Stadtrat Schnell (AfD): Nur ganz kurz möchte ich dazu sagen Herr Pfannkuch, auch Fördermittel sind in der Regel Steuergelder, also Geld, das den Bürgern aus der Tasche gezogen wird und auch Fördermittel erfordern immer einen Eigenbeitrag. Also, nur etwas zu tun, weil es Fördermittel gibt, obwohl es insgesamt unsinnig ist, kann nicht Zweck der Beantragung von Fördermitteln sein.

Der Vorsitzende: Gut, damit ist das **als erledigt zu betrachten**.

Antrag 6 (Seite 10): Externe Gutachten wo möglich, aussetzen (FW|FÜR)

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Wir sehen hier bei der Gutachteritis ein großes Sparproblem, weil wir wissen, dass wir auch in der Verwaltung sehr, sehr viele Experten haben, die diese Themen oft sehr gut beurteilen können. Und letztendlich ist es ja auch so bei den Gutachten, wer zahlt, bestimmt so ein bisschen auch, was rauskommen soll. Von daher sehen wir in vielen Bereichen das kritisch und würden uns wünschen, dass die Verwaltung hier auf die Mitarbeiter vertraut, die diese Projekte oft jahrelang begleiten und einfach mal mehr zuhört, was die dazu zu sagen haben, bevor wir externe Experten hinzuziehen. Nichtsdestotrotz ist uns natürlich bewusst, dass es in manchen Fällen unumgänglich ist, gerade in Bezug auf die Rechtssicherheit. Dennoch möchte ich das ein bisschen aus persönlicher Erfahrung in Frage stellen, wie verlässlich diese Gutachten sind. Es hat ja in der Vergangenheit gezeigt, dass die auch nicht immer richtigliegen.

Stadtrat Honné (GRÜNE): In vielen Fällen sind Gutachten vorgeschrieben, insofern können wir in ganz vielen Fällen überhaupt nicht darauf verzichten. Und wir haben nicht den Eindruck, dass im Moment zu viel gemacht wird. Trotzdem begrüßen wir es, dass die Stadtverwaltung selbst prüfen will, ob vielleicht doch noch irgendwo gekürzt werden kann.

Stadtrat Müller (CDU): Im Grunde geht die Stellungnahme gar nicht so weit von dem weg, was letztendlich von der betreffenden Fraktion in ihrem Antrag gefordert wird. Es wird ja eigentlich schon genau das getan, was Sie fordern, von daher ist uns nicht so ganz klar, über was Sie hier eigentlich dann letztendlich abstimmen lassen wollen.

Der Vorsitzende: Wir sagen Ihnen zu, dass wir das noch kritisch im Auge behalten. Sie können aber auch, Frau Stadträtin Lorenz, sicher sein, dass, bevor wir etwas nach außen geben, wir natürlich erst mal mit unseren eigenen Experten reden. Da gab es mal so einen Zungenschlag, dass wir es nach außen geben und wir könnten doch unsere eigenen Leute erst mal fragen. Das tun wir natürlich. Aber wir haben es zunehmend mit wirklich solchen Spezialthemen zu tun, für die wir hier einfach keinen Spezialisten oder keine Spezialistin in der Verwaltung haben. Und nur dann gehen wir auch nach außen. Und der Vorwurf, wir könnten ja dann auf das Gutachten und sein Ergebnis Einfluss nehmen, möchte ich nur sagen, wenn wir es intern machen, können wir das noch viel besser, insofern löst das natürlich die Geschichte nicht. Das haben Sie jetzt aber hoffentlich nicht falsch verstanden.

Dann haben wir das gemeinsam so in unseren Aufgabenkatalog übernommen. Vielen Dank.

Anträge 7 a und b (Seite 10): Veranstaltungen nur alle zwei Jahre durchführen (FW|FÜR)

Auch da sagen wir Ihnen zu, dass wir das übernehmen in unsere Haushaltsstrukturbetrachtung. Ich hatte jetzt keine Wortmeldungen. Sie sind damit so **einverstanden**, vielen Dank.

Anträge 8 a bis e (Seite 185): Keine Kürzung bei Kunst am Bau (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Kunst am Bau ist eine Bereicherung für unsere Baukultur, für die Nutzer*innen des Gebäudes, für die öffentliche Kulturförderung und natürlich ganz insbesondere für Künstler*innen, gerade auch solche, die eben noch nicht etabliert sind. Es ist eines der wenigen Felder, wo man tatsächlich auch als Nachwuchskünstler*in ein einigermaßen auskömmliches Gehalt für die geleistete Arbeit bekommt. Deswegen finde ich gerade im Folgejahr des 70-jährigen Jubiläums von Kunst am Bau können wir doch hier keine Kürzung vornehmen. Und ich bin noch mehr schockiert über die Begründung, denn die lässt wirklich vermuten, dass dieses feste Prozentziel, was Teil der Kunst am Bau ist, auch in Ewigkeit aufgelöst werden soll. Deswegen abschließend nur noch mal mein Appell, nicht dort zu kürzen, wo eh schon prekäre Arbeitsbedingungen vorherrschen.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Wir GRÜNE haben sehr viel Sympathie für diesen Antrag, können Ihnen aber heute trotzdem nicht zustimmen. Kunst am Bau ist in der Tat extrem wichtig, auch für unsere Fraktion. Und wir bedauern sehr, dass diese Kürzungen nur der schwierigen Finanzlage der Stadt Karlsruhe geschuldet sind. Aber wir müssen sagen, dass die Stadt es nun recht gut geregelt hat. Denn genau dieses Anliegen, das Sie vorgetragen haben, Kollegin Mathilde Göttel, wird erfüllt. Es wird nur bei den sehr großen Baumaßnahmen, bei denen in der Regel auch etablierte Künstler*innen, die nicht so sehr darauf angewiesen sind, den Zuschlag bekommen. Da wird gekürzt. Und es wird durch dieses Budget ermöglicht, dass gerade die Karlsruher Künstlerinnen und Künstler auch weiterhin mit einem Prozent der Bausumme gefördert werden können. Für einen Übergang von zwei Jahren ist das für uns eine vertretbare Lösung und wir gehen selbstverständlich davon aus, dass wir in zwei Jahren dann wieder in die volle Höhe gehen, um dann auch der Qualität der Kunst am Bau in Karlsruhe auch wieder voll die Mittel zur Verfügung stehen zu haben. Denn Kunst am Bau ist tatsächlich auch Kunst auch für alle Bürger*innen in der Stadt und im besten Sinne auch Kunst für alle.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Ein schönes Kunstwerk an einem Gebäude ist eine Visitenkarte, ein Prestigeobjekt. Und Kunst zu fördern, ist ja ein wichtiges Anliegen unserer Stadt und unseres Hauses und auch der CDU-Fraktion. Natürlich tun uns Kürzungen in diesem Bereich weh. Aber wir sehen es als eine pragmatische Lösung angesichts der Haushaltslage, da es nur eine temporäre Kürzung ist und vor allem da wir das in der Kunstkommission gut ausgearbeitet haben gemeinsam mit der Verwaltung und dem Herrn Bürgermeister, dass wir nur moderat kürzen bei dem großen Bauvolumen. Sodass es sich für die Künstler dort immer noch lohnt, sich zu bewerben und bei den kleineren Projekten, wo die Kürzung sinnvolle Kunst am Bau nicht mehr ermöglichen würde, dass wir es dort nicht verändern und damit können wir gut mitgehen und lehnen daher diesen Antrag ab.

Stadträtin Ernemann (SPD): Wir lehnen den Antrag auch ab. Eine temporäre Kürzung für

Kunst am Bau, das bedeutet nicht das Aus oder den Untergang der Kunst am Bau. Das ist in der Stadt Karlsruhe, und das sage ich als langjähriges Mitglied der Kunstkommission, sehr, sehr gut geregelt. Und oftmals, muss ich auch sagen, sind mittlerweile die Bauten schon Kunstwerke alleine. Ich weiß auch, dass man sich oftmals schwergetan hat, geeignete Kunstwerke zu finden. Also, wer lange das Prozedere mitverfolgt hat, kann das durchaus jetzt vertreten, dass man temporär die Kürzungen hinnimmt und zu gegebener Zeit wieder eben den Urzustand herstellt, wobei es immer wieder Diskussionen gibt, ob die Kunst am Bau in der Höhe und in der Art und Weise überhaupt bestehen bleiben soll. Aber wir stehen dazu, weil es eben eine Förderung der Künstler auch ist. Aber im Moment müssen wir den Antrag aus Haushaltsgründen ablehnen.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Die Stadt Karlsruhe hat sich ja eigene Richtlinien gegeben zu dem Thema Kunst am Bau, nämlich 1 Prozent der Investitionssumme für Kunst am Bau auszugeben. Und meine Fraktion ist der Meinung, dass man hier diese eigenen Richtlinien nicht einfach so jetzt über die Einbringung des Haushalts verändert und in eine Richtung geht, die unserer Meinung nach unangemessen ist. Das sind letztendlich kleine Beträge, die nicht entscheidend sind für den Haushalt, aber die entscheidend sind für die Künstlerinnen und Künstler in der Stadt. Es ist ein schlechtes Signal aus unserer Sicht, auch wenn man bedenkt, wie viele Kunststudenten es gibt in Karlsruhe. Wir haben hier große Einrichtungen, wo Studierende eben Kunst "erlernen". Und da sollten wir hier nicht dieses Signal senden, wir sind nicht mehr bereit das langjährige Prozedere so fortzuführen mit dem 1 Prozent. Gut, über die Argumente jetzt von Frau Kollegin Ernemann, da kann man trefflich streiten, das bringt jetzt sicher nichts. Aber das hätte ich mir gewünscht, dass es inhaltlich mal diskutiert wird in den Gremien, nicht nur in der Kunstkommission, sondern auch im Kulturausschuss und das nicht einfach so hier exekutiert.

Stadtrat Høyem (FDP): Unsere Kollegin Frau Böringer ist leider erkrankt, aber wenn sie hier wäre, würde sie sagen, bei diesen Anträgen wird meine Fraktion zustimmen. Es ist uns ein Rätsel, wie die zuständige Kommission einerseits sagt, man wolle die vorhandenen Mittel für Klimaschutz und energetische Sanierung nutzen und jetzt die Stadtverwaltung sagt, die Mittel stünden der Kunst zur Verfügung. Ich möchte unterstellen, dass hier ein Versehen vorliegt und die zuständigen Ämter aufgrund des hohen Arbeitsaufkommens sich nicht korrekt abstimmen konnten. Sollte hier Absicht vorliegen, wäre ich stark enttäuscht. Wie gesagt, wir werden mit den Antragsstellern stimmen.

Stadtrat Schnell (AfD): Wir halten diese temporäre Kürzung, die auch nicht pauschal ist, sondern eben wohl abgestuft, für durchaus sinnvoll. Und vielleicht mag das ja den einen oder anderen Künstler dahingehend motivieren, mal über Sponsoring nachzudenken oder da entsprechende Mittel zu akquirieren. Da habe ich bisher keine besonders große Bereitschaft feststellen können.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Auch als Mitglied der Kunstkommission schmerzt das natürlich. Einsparungen schmerzen an jeder Stelle, bei der Kunst natürlich ganz besonders. Nichtsdestotrotz muss ich sagen, wir können dem Vorschlag der Verwaltung folgen, nur bei diesem großen Projekt zu sparen. Die Künstler haben uns eindringlich vor Augen geführt, dass es bei den kleinen Projekten nachher gar keinen Sinn macht, mit so einer niedrigen Summe noch an den Start zu gehen. Die Förderung der Kunst ist wichtig und deswegen muss man sich auch überlegen, in welche Richtung man marschieren möchte. Ich möchte ein Beispiel her-

ausgreifen aus der jüngsten Vergangenheit. Da ging es um einen Kindergarten, die Kunst am Bau in einem Kindergarten. Und während der Sitzung, wo man uns die verschiedenen Entwürfe vorgestellt hat, da habe ich mir überlegt, warum gibt man denn nicht den kleinen Künstlern die Gelegenheit, sich dort auszuleben und das Gebäude, das sie täglich nutzen mit Kunst zu verschönern, das wäre auch ein Weg. Von daher finde ich das sehr moderat, was wir da bei der Kunst am Bau kürzen und wir werden den Antrag der Kollegen der LINKEN ablehnen.

Der Vorsitzende: Wir haben noch mal recherchiert, welche Objekte überhaupt betroffen wären. Und das wäre die neue Hauptfeuerwache, die Integrierte Leitstelle, die Schloss-Schule Durlach, die Dreifeld-Sporthalle Schulzentrum Südwest und die Europahalle. Also es geht um Aufträge, die dann, wenn ich es richtig verstehe, nicht in der bisherigen Höhe, sondern nur zur Hälfte der Höhe quasi angesetzt werden. Und ich glaube nicht, dass es dann die Aufgabe der Künstler wäre ehrlich gesagt, sich noch Sponsoren dazu zu suchen, sondern das müsste dann unsere Aufgabe sein. Aber ich glaube, dass bei diesen Großprojekten mit der verbleibenden Summe trotzdem ein nennenswertes Kunstwerk erstellt werden kann, das auch für die Künstlerinnen und Künstler, ich sage mal, ein angemessenes Honorar hergibt für das, was sie dort dann entwickeln.

Damit stellen wir den Antrag jetzt zur Abstimmung und ich bitte um Ihr Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 9 (Seite 41): Jobticket für die Beschäftigten bei der Stadt ausbauen (Die LINKE.)

Stadtrat Riebel (GRÜNE): In Anbetracht der Arbeitsmarktsituation wird es immer schwieriger, Arbeitnehmende zu gewinnen. Zusätzliche Leistungen und Vorzüge wie beispielsweise Familienfreundlichkeit spielen so eine immer wichtigere Rolle. Auch ein Jobticket fügt sich sicherlich in das Gesamtpaket ein. So sind wir froh, dass jetzt nicht nur Jobtickets des KVV sondern auch der Deutschen Bahn unterstützt werden. Die genaue Höhe der Unterstützung ist sicherlich nicht der Hauptgrund für die Entscheidung zugunsten einer Arbeitgeberin. Ein Winterticket sollte im Sinne einer auf den Verkehrsbetrieben gewünschten möglichst gleichbleibenden Nutzung und Auslastung des ÖPNV nicht unterstützt werden.

Und zum nächsten Antrag möchte ich auch gleich noch was sagen. Unsere Bürgermeister*innen arbeiten engagiert für unsere Stadt und so können wir hier das Nachverlangen nach Kürzung und Verzicht nicht unterstützen. Rechtlich ist der Antrag auch mehr als fraglich. Daher lehnen wir die Anträge mit den Ordnungsziffern 9 und 10 der LINKEN ab.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen, damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag mit der Ordnungsziffer 9 und ich bitte um Ihr um Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.